

Kamenener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Nr. 98

Mittwoch, den 28. April 1920

48. Jahrgang

Die Abmachungen in San Remo

(TU) Ueber die Abmachungen in San Remo liegen in den französischen Zeitungen folgende Angaben vor: Die Konferenz wird nimmermehr den endgültigen Wortlaut der Antwort auf die letzte deutsche Note festsetzen und sich damit die Mitte Mai vertagen. Die Abmachungen der Konferenz stellen ein Kompromiß zwischen den französischen Forderungen und den englisch-italienischen Gegenforderungen dar. Der Rat der Drei wird das Ersuchen der deutschen Regierung um vorläufige Verabreichung einer Truppenmacht von 200 000 Mann ablehnen und auf der Durchführung der übrigen Bestimmungen des Friedensvertrages bestehen. Desgleichen besteht er auf der Auslieferung und Festhaltung des Kriegsmaterials. Der Rat der Drei wird die deutsche Regierung mit Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß die Auslieferung der noch vorhandenen Kriegsmaterials, Waffen und Munition verlangt wird, die in keinem Verhältnis zu den Bedürfnissen der Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern stehen. Sollte es sich herausstellen, daß eine Kriegsmacht von 100 000 Mann nicht genügt, um die innere Ruhe zu sichern, so wird die Entente es nicht ablehnen, später die deutschen Vorschläge für eine Verstärkung der Polizeitruppen erneut zu prüfen. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, daß sie die über die Grenze des Vorkriegs hinaus im Ruhrgebiet befindlichen Truppen zurückzieht. Sobald die internationalisierte Kontrollkommission den Abzug dieser Truppen festgestellt habe, werden auch die französischen Truppen die neudefinierten Teile des Maingaues räumen.

Zur Räumung des Maingaues.

(W) Der Oberste Rat beschäftigte sich Montag mit der Verlängerung des Augustabkommens. Wie „Journal“ mitteilt, werden die belgischen und französischen Truppen den Maingaue verlassen, wenn die deutsche Reichswehr im Ruhrgebiet nur noch 20 Bataillone, 6 Schwadronen und 2 Batterien umfassen wird. Bis zum 10. Juni sollen diese Gruppen auf die Hälfte herabgesetzt und durch 5000 Mann die Hälfte herabgesetzt werden. Der Rest der Truppen soll dann am 10. Juli das Ruhrgebiet räumen und ebenfalls durch 5000 Mann Polizeitruppen ersetzt werden.

Ein mündlicher Meinungsaustausch über den deutschen Friedensvertrag.

(W) In der im Anschluß an die Konferenz von San Remo veröffentlichten Erklärung wird betont, daß die deutsche Forderung nach Unterhaltung eines Heeres von 200 000 Mann nicht berücksichtigt werden könne, solange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfüllt. Deutschland wird vorgeworfen, weder sein Kriegsmaterial zerstört, noch die Effektivbestände herabgesetzt, noch die Kohlenlieferungen und die Wiedergutmachungen erfüllt, noch die Kosten für das Befestigungswerk geleistet zu haben. Deutschland habe auch bisher keinen Vorschlag hinsichtlich des gesamten Vertrags seiner Wiedergutmachungen gemacht. Die Alliierten erklären, die Schwere der deutschen Regierung nicht zu beurteilen, nur ihre allgemeine engere Interpretation des Friedensvertrages anzuzeigen, betont aber ihre Einstellung darin, fortgesetzte Übertretungen des Friedensvertrages, der durchgeleitet werden müsse und der die Basis der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bildet, nicht zu dulden. Die Alliierten seien entschlossen, alle Maßnahmen zur Sicherstellung der Ausführung des Vertrages zu ergreifen und wenn notwendig auch Verletzung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu scheitern, versuchen dabei aber ausdrücklich, daß sie nicht die Absicht hätten, irgend einen Teil des deutschen Gebietes zu annektieren. In der Annahme, daß die zur sicheren Ausführung des Friedensvertrages notwendigen Maßnahmen leichter durch einen mündlichen Meinungsaustausch erreicht werden können, haben die Alliierten die Teilnahme der deutschen Regierung an einer direkten Konferenz zu beschließen, der alle prägenden Erklärungen und Vorschläge unterbreitet werden müßten. Nach beendeter Verhandlung dieser Fragen würden die Alliierten Regierung bereit sein, mit den deutschen Vertretern über alle übrigen Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands bezögen.

Eine deutsche Note an die Friedenskonferenz.

Der Chef der deutschen Friedensdelegation Göttert hat der Friedenskonferenz eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung anführt, daß sie fest die Effektivbestände der neutralen Zone auf 17 000 Mann herabgesetzt habe. Die Note folge, so bemerkt der „Temps“, ohne Zweifel die sofortige Entsendung des Obersten Rates zur Folge haben, die Rheinlande zu räumen, doch genügen die Verfügungen der deutschen Regierung nicht, wenn es sich um militärische Fragen handelt, die der Friedensvertrag aufgeworfen hat. Die Kontrollkommission müsse erst bestätigen, daß die deutschen Truppen vermindert wurden. Auch über die Zahl und die Natur der Truppenbestände in der neutralen Zone müsse erst berichtet werden.

Tagesereignisse.

(Dr. Mayer in Berlin.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, ist am Montag aus Paris über München, wo er sich zwei Tage aufhielt, in Berlin zu Besprechungen mit der Reichsregierung eingetroffen. Gestern hatte er längere Konferenzen mit dem Reichskanzler Müller und dem Außenminister Dr. Brüder. Später konferierte er im Reichstagsgebäude mit dem Reichswehrminister Dr. Seeckt, dem Minister Bauer und verschiedenen Abgeordneten. Am Abend war er Gast der Zentrumsfraktion, die im Reichstagsgebäude anlässlich der Beendigung der Tagung der Nationalversammlung ein Abschiedsessen veranstaltete. Heute wird Dr. Mayer mit dem Vertreter des Wiederaufbauministeriums und hierauf erneut mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister Brüder sprechen. Die Abreise nach Paris erfolgt übermorgen.

(Frankreich und die deutsche Vermögensabgabe.) Der Pariser amtliche „Temps“ meldet: Zur Deckung der von Deutschland alljährlich nach Millerands Vorschlag zu zahlenden drei Milliarden Franken wird Frankreich in jedem Falle auf die deutsche Vermögensabgabe zurückgreifen, die nach Erzbergers Vorschlag allein 80 Milliarden erbringen solle.

(Die Kopfstärke des deutschen Heeres.) Durch die Auslandspreise gehen zurzeit wieder falsche Zahlenangaben über die Kopfstärke des deutschen Heeres. Amtlich ist mitgeteilt: Am 5. April betrug die Gesamtkopfstärke der Reichswehr 254 234 Köpfe. Der Stand im März konnte wegen der Karühen nicht vollständig ermittelt werden. Nach allen vorliegenden Meldungen sank jedoch die Zahl der Reichswehrtruppen andauernd. Wenn auch zunächst keine endgültigen Zahlen angegeben werden können, so muß nach dem bis her gewonnenen Ueberblick die Stärke der Reichswehr Anfang April auf nicht mehr als 200 000 Mann geschätzt werden. Diese Zahl sollte aber erst Mitte Mai erreicht werden.

(Deutschland beim Wiederaufbau in Frankreich.) In der ersten Sitzung des deutschen Beirates für Wiedergutmachungsfragen erklärte Geheimrat Ruppel, Frankreich sei bisher nicht wieder auf das deutsche Ueberbleibsel zur unmittelbaren Beteiligung. Deutschland an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Stellung von Arbeitskräften zurückgekommen, jedoch eine solche Beteiligung Deutschlands derzeit nicht in Frage kommen dürfte. Eine Einigung mit Frankreich in der Verhandlung über die zum Wiederaufbau notwendigen Lieferungen sei deshalb nicht erzielt, weil Frankreich stets die von Deutschland angebotenen und von Frankreich angeforderten Lieferungen nicht abgerufen habe. Die Vergütung der zukünftigen deutschen Lieferungen soll durch Vermittlung zentraler Sachverständiger der Industrie und Auftragsämter der Länder nach Verteilung durch eine Ausgleichsstelle erfolgen, wobei darauf hingewiesen wurde, daß die durch Vermittlung französischer Büros in den besetzten Gebieten erfolgten Privatlieferungen deutscher Firmen an französische Privatleute keinen Einfluß auf die deutsche Wiedergutmachungskommission haben.

(Minister Rello Abschiedsgedächtnis.) Nachdem die Verabschiedung der Eisenbahnen nunmehr von der Nationalversammlung verabschiedet worden ist, hat Minister Rello seine Aufgabe als erledigt angesehen und dem Reichspräsidenten sein Abschiedsgedächtnis eingereicht. Gestern bei der Widmung des gegenwärtigen Kabinetts getrockneten Adreß übernimmt der derzeitige Schatzminister Reichsmann-Bauer das Reichsfinanzministerium. Das Reichsfinanzministerium wird von nun an von dem Reichspräsidenten besetzt. Minister Bauer hat sich bereit erklärt, behufs Erreichung der Entscheidung eines Ministers erfordernden Angelegenheiten das Amt kommissarisch zu verwalten.

(v. Wäters einseitiger Nachfolger.) Zum einseitigen Befehlshaber des Wehrkommandos VI ist vom Reichswehrministerium in Stelle des Generals v. Watter der Kommandeur der Reichswehrbrigade 31, Major v. Campe, bestellt worden.

Nach einer Meldung des B. L. aus Münster hat General von Wäters über seinen Abschied erklärt, daß er zu diesem Schritt sich gezwungen gesehen habe, weil er Ruhe und Ordnung in dem ihm unterstellten Gebiete nicht auf dem ihm aufgegebenen Wege erreichen könne.

(Die Gärung in Mitteldeutschland.) Die Nachrichten über eine Gärung in Mitteldeutschland, besonders in der Umgegend von Halle, sind, wie von zuständigen Stellen wiederholt erklärt wird, dem Staatskommissar für die öffentliche Ordnung bereits seit längerer Zeit bekannt. Soweit überhaupt von Gärungen gegen die Sicherheit des Staates ausgeht, von Halle gesprochen werden kann, reichen nach der letzten

Ueberzeugung der zuständigen Stellen die getroffenen Maßnahmen zu ihrer Verhütung vollständig aus. Eine Gefahr können solche Bestrebungen offenbar erst dann werden, wenn ein neuer Aufbruch versucht würde. Dann wäre von neuem die Lösung gegeben, die der linksradikalen Bewegung erst die Mittel zur Verfügung würde, durch die sie die Macht gewinnt.

(Polen mobilisiert.) Die polnische Regierung hat eine Anfrage des französischen Botschafters in Warschau bezüglich der polnischen Mobilisation in besahendem Sinne beantwortet. Die angeblichen Grenzverletzungen durch Deutschland und die Ansammlung sogenannter deutscher Grenzschutztruppen an der Grenze bilden das Motiv. — Von autorisierter deutscher Seite wird hierzu erklärt, daß es sich bei den in der letzten Zeit an die polnische Grenze gekommenen Truppen lediglich um in ihre Standorte zurückkehrende Regimenter handelt.

(Die Kreiswahlen in der Pfalz.) Bei den Kreiswahlen in der Pfalz hat die Deutsche Volkspartei 95 000 Stimmen erhalten und ist damit die stärkste Partei in der Pfalz geworden.

(Telegraphenkonferenz der sächsischen Sozialdemokraten.) Auf einer begonnenen Telegraphenkonferenz der sächsischen Sozialdemokraten in Meißen verlangte der Fraktionsvorsitzende Endermann das Festhalten an der demokratischen Tradition, ferner, daß die Einigung mit den Unabhängigen nicht abhängig gemacht werde von der Entfernung der Demokraten aus der Regierung. Nachdem Frick Moske und entwerfende Ansicht, daß wenn die Sozialdemokratie nicht völlig außer Rand und Band gewesen sei, die Wirkungen des Rapp-Bußes nicht hätten so groß sein können. Das deutsche Volk könne Experimente mit der Zeit machen, bis es allmählich aufwärts gehe. Die Offiziere, die am Rapp-Buß beteiligt waren, seien außer Acht zu lassen, nicht die aktiven Offiziere gewesen, sondern die, die er an die Luft gesetzt habe. Viele habe er gegen sein Gefühl herausgeworfen. Der Rapp-Buß oder sein weiser Tausch von Diktieren und Unterjochung einer ungeheuren Zukunft preisgegeben werden müßten. Zur Zeit gebe es keine andere Möglichkeit als mit der Koalition zu regieren. Wir müßten für den Reichstag die ultraconservativen Elemente fürchten, welche Partei sie auch angehören mögen.

(Die Mehrheitssozialisten in Thüringen.) Die Mehrheitssozialdemokratische Partei ist die erste des neuen Staates Thüringen, die ihre 16 Namen tragende Liste für den Wahlkampf aufgestellt und auf dem soeben beendeten Parteitag in Weimar angenommen hat. Unter den Kandidaten befindet sich an erster Stelle der langjährige Reichstagsabgeordnete und das Mitglied der Nationalversammlung Reichshaus-Ernt, ferner Staatsrat Hoffmann-Saalfeld, ebenfalls Mitglied der Nationalversammlung. Er hat sich besonders um die Schaffung des neuen Staates Thüringen verdient gemacht. Weiter stehen noch auf der Liste Hartmann-Schwartz und als einziger weißer Kandidat an 4. Stelle Frk. Wagner-Elberfeld.

(Interessante Bürgermeisterei.) An Stelle des zum Oberbürgermeister von Nürnberg gewählten Dr. Ruppel wählte die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. Main den Vorsteher der Frankfurter Ortsfranzosen und derzeitigen Staatssekretär, Genossen Ewald Graef, mit 47 von 93 abgegebenen Stimmen zum zweiten Bürgermeister von Frankfurt. Für Graef stimmten die Mehrheitssozialisten und ein Teil des Zentrums. Vier Stimmen fielen auf den Stadtrat Dr. Landsmann (Dem.), 6 Stimmen erhielt der unabhängige Stadtverordnete Hüttmann. — Zum zweiten Bürgermeister von Leipzig wurde der Mehrheitssozialist Schreiber-Sigmar gewählt, jedoch von der Regierung nicht bestätigt.

(Wahlregelung ostpreussischer Landräte.) Wie von zentraler Seite mitgeteilt wird, haben in Ostpreußen Verordnungen und Suspendierungen von Landräten stattgefunden. Die Landräte Schumann-Justerburg, Dr. Richter-Angerburg, von Martins-Darthen, Regierungsrat Dr. Schmiede-Pillhagen, Dr. Simons-Gumbinnen und Dr. Constantia-Babian sind beurlaubt und der stellvertretende Landrat Dr. Boll-Niederung-Heinrichsvalde sind vom Dienst suspendiert.

(Nordische Kartoffeln für Dänemark.) Wie die „Telegraphen-Union“ zuverlässig erfährt, hat die Reichsregierung für Dänemark 100 000 Zentner Kartoffeln aus den nordischen Ländern bezogen, wovon 35 000 Zentner bereits in Ostpreußen eingefahren und an die Bedarfsstellen verteilt worden sind. Weitere 100 000 Zentner sollen Dänemark von der Reichsregierung für die Verteilung gestellt werden, falls noch Bedarf vorliegt.

(Eine Wahlverdrängung der dänischen Radikalen.) Die Wahlen zum Reichstag hatten folgendes Ergebnis: Dänische 43 Mandate (Gewinn 4), Sozialisten 42 Mandate (Gewinn 4), Konservativen 23 Mandate (Gewinn 7).

Freiwillige Unfallversicherung nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Größtmöglich. Monatlicher Beitragssatz 4.00 Mk. Die Beiträge werden vierteljährlich in Vorauszahlung oder halbjährlich in Vorauszahlung oder jährlich in Vorauszahlung entrichtet. Die Beiträge werden auf dem Konto der Versicherung des Versicherten oder auf dem Konto der Versicherung des Versicherten.

Radikale 17 Mandate (Verlust 15), Erwerbspartei vier Mandate (Gewinn 3), Freie Sozialdemokraten, unabhängige Rechte und unabhängige Radikale je ein Mandat Verlust. Die Forderungen (1 Sitz) wählen später.

Millionenschäden

Durch gefälschte Ein- u. Ausfuhrscheine.

Hundert von Millionen an Schäden sind dem Reich in den letzten Monaten durch Benutzung gefälschter Einfuhr- und Ausfuhrscheine zugefügt worden. Eine Reihe von Lebensmittelausfuhrern sind und mittelständische Städte und von industriellen Unternehmungen sind den Fälschern zum Opfer gefallen. Auch im Ruhrgebiet tauchen gefälschte Bewilligungen auf. Waren, die daraufhin eingeführt wurden, sind während der letzten Karühen von der „Roten Armee“ beschlagnahmt worden. Dem Landespolizeiamt beim preussischen Staatskommissar für Ruhrverwaltung ist es durch Nachforschungen, die sich über das gesamte Reichsgebiet erstrecken und teilweise im Auftrag der Güterbesitzer ausgeführt wurden, gelungen, mehrere Waren zu ermitteln und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Eine Sache befindet sich in Düsseldorf in gerichtlicher Voruntersuchung. Es sind darin verurteilt der Detektiv Carling, der Kaufmann Trost aus Düsseldorf, der jugendliche Kaufmann Grunauer aus Berlin, der Kaufmann Louis Lebbin aus Charlottenburg u. a. Die Bewilligungen waren an dem plumpen Stempel des Reichseinfuhrkommissars und an einem daneben mit Bleistift geschriebenen „Mr.“, das wohl die Namensabkürzung für den Geheimen Regierungsrat Meißner, den früheren Reichseinfuhrkommissar, bedeuten sollte, leicht erkennbar. Es ist unvorstellbar, wie solche Kaufleute auf derartige Fälschungen hereinfallen konnten. Sie haben Provisionen an die Schlepper erhalten, die sich in manchen Fällen auf mehr als 100 000 Mark beliefen. — Eine andere Fälscher-gesellschaft fand ihren Mittelpunkt in der Handelskassengesellschaft „Mercur“ in Mainz, die zu Frankfurt am Main, dem Reichseinfuhrkommissar unterstellt und das die Aufseherseite der vereinigten Handelskassen von Frankfurt a. M. und Hanau erregte. Agenten des „Mercur“ trieben ihre Unwesen auch in Sachsen. Auf Veranlassung des Landespolizeiamtes wurden die Hauptstädter Bergmann und Decker in Mainz festgenommen und die Fälscher des Schloßes. — Ein drittes Fälscherkontingent trieb von Hildesheim aus sein Unwesen, wo der Produkt der „Internationalen Handelskassengesellschaft“, Bistf. Vater, und ein gewisser Jensen flandrische Kaufleute mit gefälschten Scheinen verkehrten. Vater soll sich jetzt unter dem Namen Bistf. verbergen. Er unterliegt Verhaftungen mit der Absicht in Ostpreußen Fälscherhande hohlen. Rufe und Gesellen. Eine weitere Bande betrieb die Fälschung von Ausfuhrbewilligungen als Spezialität. Das Kellnerpaar Zeigle hatte mit dem gestohlenen Georg Stiller von Berlin Ausfuhrbewilligungen für Dampfer, Fahrzeuge und Flugzeugen nach Schweden und Norwegen in beträchtlichen Mengen gegen hohe Provisionen vertrieben. Der Reichseinfuhrkommissar in Hamburg wurde bald auf das verhängnisvolle Treiben auf dem Weltmarkt aufmerksam. Ueber hantelnde Schiffsbesitzer hinweg gelang dem Landespolizeiamt die Ermittlung der Berliner Täter. Die Bande führte mit ihrem Anhang ein Prozedere in Berliner Nachtlokalen. Jeden bis 30 000 Mark in einer Nacht waren keine Seltenheit. Die Fälscher wurden durch das Treiben der Bande so angewidert, daß sie selbst den Beamten des Landespolizeiamtes Fingerzeige gaben. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen und stehen weitere Kreise. Es sind nicht nur die Fälscher in Haft genommen worden, sondern teilweise auch ihre Opfer, weil diese ursprünglich selbst für die Fälscher gehalten wurden. Neben dieser mehr oder weniger langen Unterdrückung haben die Abnehmer der Urkunden dadurch große Vermögensschäden erlitten, daß ihnen von der Aufseherorganisation des Reichseinfuhrkommissars die Verhaftung der Ein- und Ausfuhr auf Grund der gefälschten Einfuhrbewilligungen eingeführt waren ohne Einfuhrbewilligung beschlagnahmt wurden. Das Landespolizeiamt warnt abermals nachdrücklich vor der Benutzung von Einfuhrbewilligungen von „Hinterher“ und ersucht, durch Mitteilungen an Kriminalkommissar Klinghammer oder an die Dienststelle Berlin-Schöneberg, Gropius Straße 19, Zimmer 380, an der Befämpfung dieses Verbrechens an unserm Wirtschaftsstärke mitwirken.

Unverlaubte Einfuhr in Höhe von mehreren Millionen Mark und Beamtenbestechung

Wurde dem holländischen Staatsangehörigen Debrand der Duna zur Zeit gelegt, gegen den das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte. Der Angeklagte war unter dem Verdacht verhaftet worden, einen umfangreichen Schmuggelbetrieb als Holland eingeleitet zu haben. Der Untersuchungsrichter beschloß jedoch, ihn gegen Stellung einer Kaution von 500 000 Mark auf freien Fuß zu setzen. Die verlangte Kaution war damals in einer knappen halben Stunde zur Stelle. Der Beschöbe war bekannt geworden, daß von Duna, ohne den holländischen Ausfuhrpass und den deutschen Einfuhrpass zu entrichten, Lebensmittel, hauptsächlich Fleisch, nach Deutschland eingeschmuggelt. Er war Vertreter einer Firma Brins und Sohn in Amsterdam und soll, wie die Anklage behauptet, in dieser Zeit viele Millionen verdient haben. Der einzige Fall, den man Duna an einen Beamten des Reichskommissars für Fischverteilung heran, um diesen an einem „Geheiß“ zu beteiligen. Der Beamte machte seiner Beförderung her von Mitteilung, und diese rief ihn, darauf einzugehen. Duna gab als Angahlung auf die Bestrafungssumme 80 000 Mark an den Beamten und stellte weitere größere Beträge in Aussicht. Das Geld wurde für verfallen erklärt und von Duna verhaftet. Nach der Verhaftung stiegen von etwa 20 Staatsanwaltschaften in verschiedenen Gegenden Deutschlands Strafanzeigen und gleichzeitig Mitteilungen über beschlagnahmte Waren mit Waren ein, die einen Wert von vielen Millionen Mark repräsentierten. Ein Teil dieser Waren ist bereits verkauft worden und der Erlös sollte nun dem Staat als verfallen erklärt werden. Das Gericht beschloß jedoch, diesen Anlagepunkt vorläufig zu verlagern, da nicht festgestellt sei, welche Werte überhaupt in Frage kommen. Wegen der Beamtenbestechung erkannte das Gericht auf 15 000 Mark Geldstrafe.

Westfalen und Rheinland.

Kamen. (Knappschaffendes.) Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Vergütungs-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat Mai 1920 sind:

Bahlgeld	Bahlgeld	Bahlgeld	Bahlgeld	Bahlgeld	Bahlgeld
Bergkamen	Schürmann	7 2 1/2	Uhr	2 1/2	Uhr
Heeren	Maas	7 2 1/2	"	2 1/2	"
Kamen	W. Goerz	4 3 1/2	"	3	"
Kaiserlautern	Keller	6 2	"	2 1/2	"
Karl	Eineburger	5 2	"	2 1/2	"
Köln	Stoltefuß	5 2	"	3 1/2	"
Köln	Cromberg	3 2 1/2	"	2	"
Köln	Budde	6 2	"	2 1/2	"
Köln I	Wittler	8 3	"	3 1/2	"
Köln II	Wittler	8 3	"	3	"
Köln III	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln IV	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln V	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln VI	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln VII	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln VIII	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln IX	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln X	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XI	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XII	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XIII	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XIV	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XV	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XVI	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XVII	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XVIII	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XIX	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XX	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XXI	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XXII	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XXIII	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XXIV	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XXV	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XXVI	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XXVII	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XXVIII	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XXIX	Wittler	8 3	"	2 1/2	"
Köln XXX	Wittler	8 3	"	2 1/2	"

Kamen, 28. April. (Verschiedenes.) In der 15. Jahreswoche vom 4. bis 10. April sind im Landkreis Kamen folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Genickstarre 1 (Sandbochum), Scharlach 1 (Königsborn); Todesfälle durch Tuberkulose 7 (je 1 Bönen, Altenbörge, Wiescherhöfen, Gröndenberg, Werries, Südkamen, Unna). — Im ganzen Regierungsbezirk Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 46 (4), Genickstarre 2, Kinderfieber 5, Körnerkrankheit 3, Tuberkulose (84), Pocken 9 (2), Ruhr 1, Scharlach 37 (4), Unterleibstypus 19 (5), Paratyphus 2, Grippe (92).

(Zahlung einer einmaligen Beihilfe an die Kriegsteilnehmer von 1870.) Es besteht die Absicht, auch in diesem Jahre den ehemaligen Kriegsteilnehmern, welche die Veteranenbeihilfe von jährlich 150 Mark beziehen, daneben eine einmalige Beihilfe zu gewähren. Der Haushaltsausschuss der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hat sich bereits der Reichsregierung gegenüber damit einverstanden erklärt. Die Beihilfe, welche im Vorjahre 50 Mark und in den vorhergehenden Jahren 25 Mark betrug, wird voraussichtlich auf 80 Mark erhöht werden. Als Bedingung für die einmalige Beihilfe alle Empfänger der Veteranenbeihilfe, die an diesem Tage am Leben sind. Die Auszahlung soll sobald wie möglich erfolgen.

Gegen unberechtigte Arbeiterentlassungen wendet sich der Reichs- und Staatskommissar Wehlich in einem Schreiben an den Reichsverband. Er weist auf die häufigen Entlassungen von Arbeitern hin, die die Entlassungen als Maßnahme aufzufassen seien. Einer solchen Auffassung müsse jeder Boden entgegen werden. Herr Wehlich gibt zu, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick Grund zu mancher Entlassung vorliegt, da während der letzten Unruhen erhebliche Löhnerhöhungen gegen leidende Beamte und gegen das Eigentum der Werke vorgekommen sind. Für Entlassungen aus solchen Gründen wird die Arbeiterschaft im allgemeinen Verständnis haben, da sie ebenfalls erheblich unter dem Terror zu leiden hatte. Aber darüber hinaus muß jede unantastbare Entlassung oder Kündigung lernend werden. Vor allen Dingen darf keine Entlassung wegen arbeitsfähiger oder politischer Betätigung erfolgen. Es muß einklar werden, wenn die Arbeiterschaft sieht, daß ihre Arbeitsbedingung ohne berechtigten Grund auf die Straße gesetzt werden.

(Die Haus- und Grundbesitzer und die Wahlen.) Der Vorstand des Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine für das rheinisch-westfälische Kohlenrevier hat in seiner letzten Sitzung zu Gelsenkirchen beschlossen, daß der Hausbesitz in Verbindung mit gleichgestellten anderen Organisationen eigene Kandidaten für die kommenden Wahlen aufstellen solle. Der Dortmunder Haus- und Grundbesitzerverein hat bereits seine Genehmigung öffentlich zum Ausdruck gebracht, dieser Aufforderung zu entsprechen.

(Die Ehemaligen Soldaten - Klasse.) Die Einlösung der Bote zur 5. Klasse (Hauptleistung vom 7. Mai bis 3. Juni) muß vor dem 1. Mai erfolgen.

Wetter, 28. April. (Diebstahl.) Dem Speisekellner Fritz Rindt wurde aus der Bäckerei der Betrag von 202 Mark gestohlen. Der Kriminalwachmeister Oltz und Gendarmerie-Wachmeister Busse nahmen die Verfolgung sofort auf und ermittelten den Dieb in der Person der gewerblösen Maria W. von hier. 175 Mark konnten dem Gestohlenen wieder zugeführt werden, außerdem mehrere geringe und Wertgegenstände, die die Diebin gestohlen und mit dem gestohlenen Gelde bezahlt hatte. 11 Mark hatte sie schon vernachlässigt.

Dortmund, 27. April. (Verschiedenes.) Die städtische Musikdeputation hat als Direktoren für das städtische Orchester (früher harmonisches Orchester) den Professor Sieben in Königsberg gewählt. Die Wahl unterliegt zwar nach der Bestätigung durch das Stadtbürgeramt, doch dürfte diese nach Lage der Dinge nicht ausbleiben. — Die Buchhändler der hiesigen Polizeiverwaltung hat die Gefährdung des Badermeisters Josef Pfeiffer, Düsseldorfstraße 22, des Badermeisters Josef Ebers, Schützenstraße 34, und des Brothändlers Wilhelm Griller, Taubensch. 1, bis auf weiteres geschlossen. — Der jetzt langem wegen verhängter Einbruchsdiebstahl verfolgte Walter Domina ist endlich festgenommen worden. Er befand sich im Besitz falscher Papiere. Er war während der Kommunistenherrschaft Mitglied der Roten Armee und ist dort in der Hauptstadt mit schriftlichen Arbeiten beschäftigt worden.

Dortmund, 28. April. Vor dem Schwurgericht stand Samstag noch eine Sache an gegen den Postkassierer Max Jahn aus Leipzig-Anger wegen vorsätzlichen Meineids. Der Angeklagte ist 22 Jahre alt, nur gering vorbestraft. Im vergangenen Jahre wurde der Angeklagte in Dortmund, er war auch am 2. Juli anhängig an den hiesigen Landgericht. Eine Anzahl der Jährlinge wurde vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt, das am 29. Juli aus gegen den Arbeiter Leopold Karus verhandelte. Diefem wurde vorgeworfen, u. a. auch ein Reichsbanner geführt zu haben, die in der Karussischen Wohnung gefunden worden waren und aus dem hiesigen Geschäft am Ohlenhofweg kammen. Der Angeklagte Karus behauptete, die Reichsbanner gehörten dem in der Sache als Zeugen anwesenden Jahn, der sie in seine Wohnung gebracht habe, um sie am folgenden Tage abzugeben. Jahn behauptet aber, die Reichsbanner des Karus sei falsch, er habe mit dem Reichsbanner nichts zu tun. Karus wurde zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, jedoch nicht allein auf Grund des Meineids, sondern auch, weil die Aussage des Jahn fast als falsch erwiesen, es ist deshalb gegen ihn Anklage wegen Meineids erhoben worden. Schon bei seiner Vernehmung in Leipzig hat er zugegeben, vor dem Schwurgericht die Unwahrheit gesagt zu haben. Wehlich, darüber weiß er Bestätigung nicht anzugeben. Wahrscheinlich hat er die Sachen selbst gestohlen und er hat sich durch Angabe der Wahrheit nicht helfen wollen. Allerdings konnte er seine Aussage verweigern. Die Herren Geschworenen bejahen auch die in dieser Hinsicht gestellte Frage, insofern sie für den Karus verurteilt werden konnte. Das Urteil lautet auf 9 Monate Gefängnis.

Dortmund, 28. April. Einen großen Vertrauensbruch beging der noch unbestrafte Arbeiter Richard Lücke aus Schüren, indem er einen Arbeitskameraden bestahl. Der gefändigte Angeklagte wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Hagen, 27. April. (Mitter.) In der letzten Sitzung der Lebensmittellkommission wurde, wie das „Westf. Ztg.“ meldet, ein letztes Mal über die Veranlassung zur Spritze gebracht, nämlich die Tatsache, daß in Hagen wochenlang zur flutende Sparta-fischen aus den für die Hager Bürger bestimmten und von ihr bezahlten Lebensmitteln kostenlos verpflegt worden sind. Es handelt sich, wie selbst von unserer Verwaltung erklärt wurde, nur um auswärtige Elemente der übelsten Sorte, Männer und Frauen, an deren Verpflegung die Stadt unmöglich ein Interesse haben könne. Bis Mitte April sind 7085 Portionen kostenlos ausgegeben. Es fehlt jede Kontrolle darüber, wer verpflegt wurde und wie oft er kam. Die Kommission war der Meinung, diese Abgabe städtischer Nahrungsmittel an Fremde könne unmöglich länger geduldet werden. Es wurde beschlossen, sie einzustellen, zumal ihre Aufrechterhaltung „unnötig“ geworden ist. Bisher sei es, wie die Verwaltung erklärte, nötig gewesen, weil die Leute in großen Scharen unangemeldet der Stadt Hagen von Köln aus zugewandert worden seien und die recht ausgehungerte Menge eine Gefahr für die Sicherheit der Stadt gebildet habe. In wogu war denn die neue „Sicherheitswehr“ da? fragt der feuerzählende Bürger.

Hamsterelend und -Auswüchse. Gelsenkirchen, 22. April. Die „Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung“ schreibt: Man darf bei einer Untersuchung der Hamstererei nicht mehr von den Gebanten ausgehen, als ob nur ein bestimmter Volksstiel hamstere. Wenn vor einigen Jahren der gulsittierte Bürger es nicht vermocht, selbst zu hamstern oder Waren von Hamstern zu beziehen, so hat sich diese Ansicht im Laufe der letzten Jahre gründlich geändert. Die Kartoffel- und Braunkohlerei, das Ausheben der Eier und der Fortfall der Futter, ganz zu schweigen von anderen Nahrungsmitteln, die im Haushalt aus nicht gut zu entbehren sind, haben es vermocht, daß in wenigen Jahren die Ansichten über Hamstern und Hamster sich gründlich änderten. Man braucht nur mal einige Stunden am Hauptbahnhof oder an einem der anderen Bahnhöfe zu stehen. Zunächst die Ordnung! Der Eingang ist rechts, der Hofen, und danach richtig sich hinsetzen — für Ordnung war der Deutsche immer empfänglich — alles. Und es geht so tatsächlich besser als früher. Nichts herein, nichts heraus. Im Vorraum in zwei langen Linien warten die Angehörigen auf „ihre“ Hamster. Alles folgt sich müßig den Anordnungen der Hofen. Kein Drängen, kein Stoßen, nur bange Erwartung, es er oder sie auch etwas mitbringen. Endlich, mit der gewohnten Verpflegung, ist der Tag da. Welche Mengen Kartoffeln kommen heran. Saft auf Saft, und in Körben, Kisten, Taschen. Man braucht nur mal Hamsterhändler gegen zu haben, um mitbringen zu können. Zunächst die Eier, zunächst zu erhaschen, und wenn man diese hat, im Jagt Platz zu finden. Im allgemeinen gehen die Hamster gegenwärtig nach drei Hauptrichtungen: Vordere-Burgkühl, Danabück, Hannover. Nach Vorken ist das. Jähren schmerzend — war keine festen Arbeiter hat — wenig lohnend. Die Rote Armee hat das Land abgegrast, und die vor Zeiten geliebte Brücke macht schwierigeres Unterwegs. Allerdings wird sie in einigen Tagen wieder fertig sein, doch, da der Landrat von Vorken die Ansichten von Kartoffeln verdrängt hat, und auf sonstige Lebensmittel hat gefahndet wird, ist dort nicht mehr viel zu holen. Dazu kommt, daß die Landwirte im Kreise Vorken wohl die am meisten feindlichen sind. Tagesbezüge von 50, 30 Hamstern sind keine Seltenheiten. Jeder will etwas haben. Aufforderungen werden oft recht groß beantwortet, mit Partikeln nicht getrost um. Trotz des starken Hamsterelends im Vordere Burgkühl sind von dort bis vor wenigen Tagen noch gewaltige Mengen Kartoffeln herausgeholt worden. Schätzungsweise trafen an manchen Tagen allein am Bahnhof Wismar etwa 2000 Hamster mit einem 3000 Zentner Kartoffeln ein. Die Straßen Danabück und Hannover und die 3. St. am hiesigen Bahnhof. Hier sollen die Landwirte noch große Kartoffeldepot haben. Ein Beweis dafür ist die Kartoffelantenne im Hauptbahnhof Gelsenkirchen. Hier hört jede Schätzung auf. Am Mittwochabend fanden am dem Bahnhof an die 1000 Fahrzeuge zum Abholen der Waren. Da die letzten Tage aus Hannover und Münster fast ständig Parte Verpfaltungen haben, steht sich der Wagenbetrieb oft bis zum frühen Morgen auf. Wegen der Hamstererei ist es nicht möglich einzunehmen. Wenn man die Not in vielen Familien gesehen hat, kann man allen, die kräftige Beigabe zu den rationierten Lebensmitteln.

helfen. Und es gibt viele Männer und Frauen, die das Hamstern lieber sofort oder später aufgeben möchten. Hamsterelend sind keine Luxusfragen, sie erfordern Ausdauer und Kraft. Stundenlang werden die Bänke getragen, dazu die Sorge um die Erreichung des Jages und die Angst, der Gendarm könne einen die Sachen abnehmen. Manches altes Mütterchen, das, schwachgehabt, nachdem es hundertlang eine schwere Last trug, den Jag erreicht hatte, fahnt halb bewusstlos zusammen. Manden Unglücksfall hat das Hamstern mit sich gebracht und manche Erkrankung herbeigeführt. Nicht ohne Ursache sieht man oft die Scharen kleiner Gefährten, die lebendig aus Kot hamstern. Leider bleiben aber auch die Auswüchse nicht aus. Am Bahnhof kommen Leute mit zehn bis zwanzig Zentnern Kartoffeln nachts zwei Uhr an, verkaufen sie für 150, ja bis 180 Mark pro Zentner und fahren um 5 Uhr wieder zurück, um neue Kartoffeln zu holen. Diese Leute nehmen den aus Kot hamstenden Männern und Frauen die Möglichkeit, Kartoffeln zu erhalten, verpeitern die Eisenbahnwagen und hemmen den Betrieb. Wegen solcher Hamster, die bei der Sache ein gutes Geschäft machen, muß mit aller Schärfe vorgegangen werden, damit letzten Endes der Ehrliche nicht durch den Schieber leidet und das Hamstern wieder völlig verboten wird.

? Hede, 26. April. (Für 15 000 Mark Herrenstoffe gestohlen.) In das Manufakturwarengeschäft von Karl Dannenbaum wurde nachts eingebrochen. Aus dem Schaufenster wurden drei Ballen Herrenstoffe im Werte von etwa 15 000 Mark gestohlen. Der oder die Täter haben ihren Weg durch die Luftöffnung oberhalb des Schaufensters, die nur durch ein dünnes Drahtgitter geschützt war, genommen. Die Täter sind unbeschadet entkommen.

? Westert, 26. April. (Not der Kopf-arbeiter.) Auf eine hier demnächst zu beabsichtigende Stelle eines Architekten beim städtischen Bauamt, für die nur eine tüchtige Kraft gesucht wird, meldete sich ein Regierungsbaumeister, der monatlich 600 Mark beansprucht.

Mülheim-Ruhr, 27. April. Beim Beerdigen eines Schankes in der hiesigen Kaserne gab es eine furchtbare Explosion, wodurch ein Mann sofort durch einen Granatsplitter getötet, zwei Soldaten schwer, und drei leichter verletzt wurden. Die Notgeschichten hatten unter dem Schrank eine Schrot-Pommes an sich angehängt, daß beim Herabnehmen der Entladung erfolgen mußte. Derartige niederträchtige „Spiele“ haben die Notgeschichten übrigens verschiedentlich in der Kaserne gespielt. Es haben sie u. a. Granatminen in den Spindeln aufgehängt, damit sie beim Öffnen der Tür explodieren sollten. Es glückte, diese Anschläge zu vereiteln.

Duisburg, 17. April. (Zum Aufrühr.) Hier gelang es, den herabgelassenen Kommunistenführer Spanio und seinen Sohn festzunehmen. Der Sohn verlegte einen Soldaten durch einen Schuß, worauf es ihm gelang, zu entkommen. — In einer Verammlung des Haus- und Grundbesitzervereins wurde der durch den Aufrühr an Gebäuden und Möbeln verursachte Schaden auf etwa 1 1/2 Millionen Mark geschätzt. Die Milderung dieser Summe soll schon jetzt gefordert werden, um die Unmeldefrist von 14 Tagen nicht zu verfehlen.

(TU) Köln, 27. April. (Verhärzung des Bankbeamtenkreises.) Der Kölner Bankbeamtenkreis, an dem sich 96% aller Bankangestellten beteiligen, nimmt an Schärfe zu. Die Streikenden verschieben in Anbetracht der Summen, die die Bankdirektoren und Aufsichtsräte an Löhnen beziehen, und fordern die Ausständigen zur unbedingten Durchführung des Streikes auf. Arbeitswille der Dresdener Bank wurden mit Tätlichkeiten bedroht. In Koblenz haben die Angestellten der Bank für Handel und Industrie, der Diskontogesellschaft und der Generalbank die Arbeit niedergelegt.

Köln, 27. April. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte den Antrag der Mehrheitssozialisten, am 1. Mai die städtischen Schulen und Betriebe zu schließen, ab.

Der Kampfplan der Kommunisten.

Das ganze Gebiet ist in Wehrbezirke eingeteilt. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Kampfplan der Kommunisten, der zeigt, daß die kommunistischen Führer genau nach demselben Grundgedanken zu arbeiten beabsichtigen, wie der Große Generalstab während des Krieges. Zunächst wird Wert gelegt auf eine zentrale Oberleitung des Kampfes, der eine große militärische Organisation im Sinne der Roten Armee zur Verfügung stellen muß. Für die Verwendung der irdischen Hilfsmittel und der Verkehrsmittel sind genaue Vorschriften zu erlassen. Danach sollen Automobile und Kraftwagen beschlagnahmt und in den Dienst des Verkehrs gestellt werden. Im Augenblick des Kampfsausbruchs soll der Telegraph auf jede mögliche Weise zerstört werden. In den durch die Arbeiter eroberten Stadtgebieten muß sofort mit dem roten Terror gearbeitet werden gegen die Besitzenden, damit die noch nicht eroberten Städte und Wirtschaftszentren zu Übergeben gezwungen werden. Der Barrikadenkampf soll an mehreren Stellen der Stadt begonnen werden, damit die Truppen aus ihren Kavernen herausgelockt werden und ihre Kräfte verstreuen. — Die Offiziere sollen besondere Mittel der Unschädlichmachung angewandt werden. Die Zerstörung der Zeitungen hat so zu erfolgen, daß man die Maschinen zwar durch Wegnahme bestimmter Maschinenteile zerstört, sie dürfen jedoch nicht entzweit werden, da die Zeitungsbetriebe gebraucht werden. In dem Augenblick der Straßen, dem Untergang von Schützengräben soll strategische Einsicht walten.

Weitere Einzelheiten über den geplanten kommunistischen Aufstand.

Die „Deutsche Zeitung“ legt ihre Enthüllungen über einen neuen geplanten kommunistischen Aufstand, die der „Vorwärts“ als Sensationsgewinn und Spießbürgerbeizung, durch die Bekanntgabe von allgemeinen Richtlinien fort, die untergeordnet sind mit „Das Propärium der roten Armeeleitung“, und die die Aufstellung eines roten Generalstabes und von roten Armeegruppen im Harz, Wieschleben, Magdeburg und Tangermünde betreffen. Diese Richtlinien bezeichnen es als notwendig, eine politische Zeitung, d. h. einen militärischen Generalstab zu schaffen, und zwar in Form von Waffenkommissionen. Die einheitliche Zeitung würde dadurch errichtet, indem in den Generalstab ein Genosse aus Sachsen (Chemnitz),

einer aus dem Vogtlande, je einer aus Halle und Leipzig, einer aus dem Mansfelder roten Armeeverband, einer aus Magdeburg, einer aus der Armeegruppe Harz, einer aus der Armeegruppe Altmühl leben zu entsenden seien. Diese Genossen bilden die Oberleitung. Die Verpflegung der kämpfenden Arbeitertruppe sei ein Gebot der Selbstverständlichkeit, d. h. alle Mittel seien dazu recht. Ein festes Grundkapital für die rote Armee sei bereits vorhanden. Die rote Armee, die an numerischer Stärke wachse, habe die Kämpfe nach russischer Methode aufzunehmen und werde so verfahren. Soweit proletarisch-revolutionäre Offiziere nicht vorhanden seien, müßten sie von Russland geholt werden. Halle aber sei der Mittelpunkt zur Eroberung ganz Mitteldeutschlands. Mitteldeutschland aber mit seiner ganzen Industrie sei neben dem Ruhrgebiet heute der Hauptfaktor des Wirtschaftslebens. In Leipzig und Halle habe die Arbeitererschaft die Waffen in Sicherheit gebracht. Thüringen müsse vorläufig ein Kampfgebiet für sich bilden und werde alsbald reiflos erobert für ein rotes Thüringen, das teilweise fest noch in verkappter Form bestehe. Eine fest organisierte und gut ausgerüstete rote Armee bestehe im Mansfelder, die heute zwar in die Betriebe gehe, aber jeden Augenblick mobilisiert werden könne.

Admiral v. Rebechow in Schuchhaft.

(TU) Kiel, 27. April. Konteradmiral v. Rebechow ist in Schuchhaft genommen worden. Er befindet sich auf dem Wege nach Weizung, wo er sich vor dem Reichsgericht zu verantworten haben wird. Es war schwierig, ihn aus Kiel zu entfernen, da die Stimmung des weizung aufgestellten Janagels zu aggressivem Vorgehen gegen Rebechow neigte.

Strafverfolgung Braß abgelehnt.

(TU) Berlin, 27. April. Der Geschäftsdirektionsausschuss der Nationalversammlung verweigert die Genehmigung zur Strafverfolgung des unabhängigen Abgeordneten Braß in Kiel.

Bayerische Unterstützung im Kampfe für die akademische Freiheit.

(TU) München, 27. April. Die Tagung der bayerischen Studentenausschüsse beschloß gestern einstimmig, die preussische Studentenschaft in dem ihr aufgeworbenen Kampfe für die akademische Freiheit gegen den Entwurf des Ministers Härtig über die Bildung von Studentenschaften mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterstützen.

— (Der Saarburger Landrat ausgewiesen.) Der bei der Grenzkommission für das Saargebiet tätige Landrat Bräggmann zu Saarburg ist von der hohen Rheinlandskommission ausgewiesen, weil er nicht verhindern konnte, daß die Bevölkerung von Saarburg dem Leiter der deutschen Grenzkommission, Oberleutnant Thander, deutsche Plakate dargebracht hat.

— (Deutsch-Norwegisches Heringabkommen.) Im Auswärtigen Amt wurde ein neues Heringabkommen mit Norwegen unterzeichnet, das die Lieferung von 1 Million Fäß Hering zum Höchstbetrage von ungefähr 45 Millionen Kronen vorsieht. Mit dem Kaufvertrag ist ein Finanzabkommen verbunden, in dem Deutschland die Kaufsumme mit einem Kauftermin bis zehn Jahren kreditiert wird.

— (Verhärzung der Streiklage in Lothringen.) Ueber das lothringische Industriegebiet wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt, da die Streiklage sehr ernst geworden ist. Maueranschläge verhindern der Bevölkerung, daß jede Art von Versammlungen und Demonstrationen verboten ist. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr abends festgesetzt worden. Sämtliche Bahnhöfe, öffentlichen Gebäude und Straßen wurden militärisch besetzt. In Hagendingen, Forbach und Saargemünd wurden einrückende französische Truppen von den Streikenden mit Steinen und Pfeilen empfangen. Sämtliche Abgeordneten haben ihre Sympathie und Solidarität mit den Streikenden erklärt.

— (Müde aus Indien.) Nach monatelanger Internierung in Port Said kehrte ein großer Transport ehemaliger deutscher Ostafrika-Kämpfer mit dem russischen Dampfer „Christian Reie“ aus Indien zurück. Mit den Afrika-Kämpfern kamen eine große Anzahl von deutschen Familien an, die in Indien, Ostafrika, Mesopotamien und Mesopotamien ihren Wohnsitz hatten und von den Engländern ausgewiesen worden waren.

(Barmer Bank-Verein.) In der am 22. April abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates des Barmer Bankvereins Hiesberg, Fischer & Comp. in Barmer wurde der Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1919 vorgelegt. Die im Geschäftsjahr 1919 abgerechneten Gewinne stellen sich auf 3 877 630 Mark gegen 1 652 633 Mark im Vorjahre. Hier von entfallen auf: Gewinnen 1 450 793 Mark (9 982 004 Mark im Vorjahre), Zinsen 17 500 083 Mark (11 065 451 Mark), Dividenden 776 754 Mark (604 573 Mark). Abgesehen sind: Verwaltungskosten 13 633 700 Mark (4 780 098 Mark), Steuern und öffentliche Lasten 4 634 414 Mark (1 842 289 Mark), Abschreibungen und Rückstellungen 318 569 Mark (615 294 Mark). Nach Abzug dieser Posten bleibt einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre von 381 637 Mark (459 888 Mark) ein Reinergebnis von 14 692 793 Mark (10 974 638 Mark) verbleibend. Auf Antrag des Geschäftsführers hat der Aufsichtsrat beschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung der Bilanz durch die Generalversammlung, die Dividende für das Geschäftsjahr 1919 in Höhe von 8 1/2 % festzusetzen (1918 7 1/2 %) und den nach deren Abzug 8 600 000 Mark gegen 7 600 000 Mark in 1918 verbleibenden Rest in folgender Weise zu verwenden: Außerordentliche Rücklagen 202 371 Mark (84 512 Mark), Zinsen und Verwaltungen 5 748 385 Mark (3 008 463 Mark), neuer Vortrag 133 938 Mark (381 637 Mark). Die rest namhafte Steigerung der Gewinne, insbesondere der Mehrertrag der Zinsen ist eine Folge der außerordentlichen Erleichterung des Geschäftsumlaufes, sowie des sehr schätzbaren Geschäftsganges und dieser wiederum ist auf die im vorliegenden Jahre eingetretene ungewisse Steigerung aller Werte zurückzuführen. Diefem Wachstum des Abganges steht aber sowohl auf Verwaltungskostenrechnung wie auf der Reduktion der Zinsen und öffentlichen Lasten aus bekannten Gründen eine beträchtliche Vermehrung der Belastung gegenüber. Die Generalversammlung wird auf den 20. Mai 1920 einberufen werden. Im Anbetracht auf diese soll eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden, um über den Antrag der Geschäftsführer auf Erhöhung des Grundkapitals um 50 000 000 Mark auf 150 000 000 Mark Beschluß zu fassen.

